

Tunesien - Zentrum des Fortschritts in Nordafrika

Tunis ist vom Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) zum Tagungsort seines fünften Weltkongresses gewählt worden. Tunesien ist heute das Zentrum der fortschrittlichen Tendenzen in den arabischen Ländern Afrikas. Seine Gewerkschaftsbewegung, die „Union Generale des Travailleurs Tunisiens“ (UGTT) ist nicht nur eine der ältesten und bestorganisierten Afrikas und der arabisch sprechenden Welt, sondern hat darüber hinaus als erste repräsentative Organisation mit dem kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbund gebrochen und den Weg zum IBFG gefunden.

Tunesien, als östlichstes der früheren französischen Kolonialländer Nordafrikas, nimmt eine zentrale Stellung in der Region des arabisch sprechenden Maghreb ein, was auf eine Reihe geschichtlicher Faktoren und einen unzweifelhaften Vorsprung in der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber den Nachbarländern zurückzuführen ist. Das Land, das in den vergangenen Jahrhunderten das begehrte Ziel ausländischer Eroberer und — von gelegentlichen Perioden staatlicher Unabhängigkeit unterbrochen — eine Provinz des Römischen Imperiums, der „Goldenen Pforte“ usw. war, wurde nach der Besitznahme Algeriens durch Frankreich im Jahre 1881 dem französischen Kolonialreich Nordafrikas einverleibt. Zwei Jahre später wurde der anfängliche Protektorzustand durch eine direkte französische Verwaltung abgelöst, obwohl die staatliche Selbständigkeit des Landes pro forma bestehen blieb. Schon frühzeitig machte sich in Tunesien der Nationalgedanke bemerkbar. Anfänglich das Werk einer kleinen Minderheit, die sich gegen die falsche profranzösische Elite wandte, die an dem Kolonialzustand profitierte, gewann der Nationalgedanke an Umfang mit dem Aufkommen einer neuen Intelligenz und einer jungen Arbeiterschaft als Folge der von Frankreich betriebenen stürmischen Industrialisierung des Landes. Die Destour-Partei entstand, deren Hauptforderung die Gewährung einer Verfassung war. Die französische Kolonialverwaltung unterdrückte die Keimzellen der Unabhängigkeitsbewegung. Erst 1934 konnte eine neue Partei, die Neo-Destour, den unterbrochenen Kampf um die staatliche Unabhängigkeit wieder aufnehmen. Im gleichen Jahre jedoch wurde auch diese Partei wieder verboten, die Führer wurden deportiert. Erst nach dem 2. Weltkriege (1950) wurden die Führer der Unabhängigkeitspartei an der Verwaltung und der Protektorsregierung beteiligt. Da Frankreich seine Positionen nicht aufgeben wollte, kam es 1952 zum Aufstand, der trotz aller von Frankreich eingesetzten Mittel nicht unterdrückt werden konnte und mit der Gewährung der internen Autonomie des Landes endete. .

In einem Jahr übersprang Tunesien zwei historische Etappen: Am 3. Juni 1955 erhielt das ehemalige Protektorat die interne Autonomie, am 20. März 1956 anerkannte Frankreich seine Unabhängigkeit. Die staatliche Unabhängigkeit war in erster Linie das Werk des 25jährigen Kampfes der sozialliberalen Neo-Destour unter Führung *Habib Bourgibas*. Diese aus dem Kampf um die Unabhängigkeit als Sieger hervorgegangene Partei ist keinesfalls einheitlich. In ihren Reihen begegnet man konservativen Grundbesitzern, sozialistisch orientierten Intellektuellen und einer Arbeiterklasse, die, um ihre Gewerkschaftsbewegung gruppiert, die heutige kapitalistische Ordnung durch eine soziale und wirtschaftliche Demokratie abgelöst sehen will. Der Einfluß dieser Gruppe in der Neo-Destour ist bedeutend. Bourgiba selbst, persönlich gemäßigt, versucht zwischen den stürmischen „Jungtürken“ der Partei mit ihrem sozialen Programm und den konservativen Kräften einen Mittelweg zu rinden, um zunächst einmal den Bestand des jungen, fragilen unabhängigen Staates zu sichern und zu stärken.

Neben dieser Sammelpartei verfügen in Tunesien die Gewerkschaften über einen bedeutenden politischen Einfluß. Die Tunesier waren im französischen Kolonialreich Nordafrikas die ersten, die in einer halblegalen Periode ihren eigenen Gewerkschaftsverband gründeten. Der Hafendarbeiter *Farhad Hached*, der 1952 von europäischen Gegenterroristen ermordet wurde, gründete 1946 die UGTT, die sich nach der Spaltung

des Weltgewerkschaftsbundes zunächst diesem anschloß, unter dem Einfluß Hacheds jedoch bereits 1948 den Weg zum IBFG fand. Die Organisationsarbeit der UGTT stieß in der ersten Zeit nicht nur auf die Feindschaft der Kolonialverwaltung, der europäischen und muselmanischen Pflanzer usw., die in ihr den schärfsten Gegner einer Politik zur Erhaltung der billigen Arbeitskräfte sahen, sondern auch des „Generalverbandes der Tunesischen Gewerkschaften“, einer kommunistischen Splittergewerkschaft, die nach dem Austritt der UGTT aus dem WGB gegründet worden war und deren Einfluß sich auf Gruppen der Hafen- und Bergarbeiter erstreckte. Die europäischen Gewerkschaften, die den Werdegang dieser ersten „einheimischen“ Gewerkschaftsbewegung in Nordafrika anfänglich sehr mißtrauisch verfolgten, da sie in ihr mit Recht die wichtigste gewerkschaftliche Nebenorganisation der Neo-Destour-Partei sahen, mußten sich bald davon überzeugen, daß diese Bewegung auf lohnpolitischem Gebiet usw. Solidarität übte, wenn sie auch in Perioden der Verschärfung des Unabhängigkeitskampfes ihre Kräfte einsetzte, um den Nationalkampf zu aktivieren. Sehr schnell stieg der Mitgliederbestand der Gewerkschaft auf 16 000 an, während die kommunistische Gruppe von 15 000 auf 5000 Mitglieder absank. Es war kein Zufall, daß gerade in Tunesien trotz der Widerstände der Verwaltung sich die Gewerkschaftsbewegung als erste durchsetzte, da sowohl die wirtschaftliche Entwicklung als auch der Lebensstandard der höchste in den Maghrebländern war.

Den Kolonialisten war sie wegen ihres ständigen Anwachsens ein Dorn im Auge, und man hoffte, die Bewegung mit der Ermordung Hacheds entmannen zu können. Der Nachfolger, *Ahmed Ben Salah*, der seine Ausbildung in Brüssel, am Sitz des IBFG, erhalten hatte, festigte die Organisation jedoch weiter; der Mitgliederbestand nahm ständig zu und die UGTT wurde zu einer Kraft, mit der zur Zeit der „internen Autonomie“ und der später folgenden völligen Unabhängigkeit des Landes gerechnet werden mußte. Die UGTT entfernte sich immer mehr von den Großbürgern und Gutsbesitzern des konservativen Flügels der Neo-Destour-Partei. Um den Verband kristallisiert sich seitdem eine politische Linke heraus, die energische Sozialreformen und weitgehende Sozialisierung des Verkehrswesens und der Grundindustrie fordert. Im neuen Parlament bilden die Gewerkschaften eine Gruppe, die rund ein Drittel der Abgeordnetenplätze einnimmt. Im September 1956 kam es nach Differenzen über die sozialpolitischen Forderungen der UGTT zu einer Spaltung und der Gründung der „Union des Travailleurs Tunisiens“ (UTT). Da sich die Auseinandersetzungen zum Teil um seine Person drehten, trat daraufhin Ben Salah von seinem Posten als Generalsekretär zurück. Neuer Generalsekretär wurde *Ahmed Tlillis*. Jetzt haben zwischen den beiden Gewerkschaften Gespräche begonnen, um die Einheit wiederherzustellen. Die Verhandlungen dürften in absehbarer Zeit abgeschlossen werden.

Im Bewußtsein der jungen tunesischen Generation verlagert sich heute langsam aber stetig der politische Schwerpunkt der weiteren Entwicklung des Landes von der Neo-Destour-Partei, die als Sammelbewegung starken Hemmungen der sozialkonservativen Kräfte ausgesetzt ist, auf die Gewerkschaften. Auf politischem Gebiet konzentrieren sich die Bemühungen der tunesischen Gewerkschaften auf drei Forderungen. Eine verstärkte Sozialkontrolle soll die Sicherung eines Mindestlohnes garantieren, ein Ziel, dessen Verwirklichung in diesem Lande mit großen Elendmassen, in dem Unterbezahlung die Regel ist, eine regelrechte Revolution bedeutet. Um die Industrialisierung in Tunesien voranzutreiben, wollen die Gewerkschaften Lohnforderungen zunächst zurückstellen, wenn die nötigen Sicherungen gegeben werden, daß die Früchte dieser Zurückhaltung nach dem Abzug der französischen Kapitalisten nicht von tunesischen geerntet werden. Schließlich werden politische Reformen gefordert im Sinne der kemalistischen Revolution mit der Liquidierung der starren islamischen Rechts- und Familienverhältnisse, Abschaffung der Feudalrechte usw., mit wenigen Worten: Umwandlung Tunesiens in einen modernen Staat.

Da die UGTT heute mit einem Mitgliederbestand von rund einer halben Million einen großen Teil der Arbeiterschaft des Landes in ihren Reihen zählt, bildet sie eine Kraft, die im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben des Landes über einen bedeutenden Einfluß verfügt und Tunesien auf dem Wege zu einem modernen Sozialstaat mit die Richtung angibt. Die Aufgabe der Gewerkschaften liegt hier, wie auch in den anderen Ländern des Maghreb, gerade darin, dem Land, das sich erst seit wenigen Jahren der staatlichen Unabhängigkeit erfreut, ein Gesicht zu geben, das der modernen sozialen Welt entspricht.

Tunesien weist eine Gesamteinwohnerschaft von 3,44 Millionen auf. Die größte Volksgruppe bilden die Muselmanen mit 3 Millionen, es folgen die Europäer mit 300 000 (davon 200 000 französischen Ursprungs) und 100 000 Israeliten. Das Jahresdurchschnittseinkommen liegt im Lande bei rund 50 000 Franken, das Hauptgewicht der Erzeugung liegt auf landwirtschaftlichem Gebiet mit Getreide, Oliven, Datteln, Wein. Das Land verfügt über bedeutende Erzvorkommen, die jedoch noch nicht erschlossen sind bzw. erst zu einem kleinen Teil ausgebeutet werden, sowie über Phosphate und Zement. Die Industrialisierung ist im Vergleich zu den anderen Ländern des ehemaligen französischen Kolonialreiches in Nordafrika am weitesten fortgeschritten, jedoch sind Industrie und Landwirtschaft nicht in der Lage, die erforderlichen Arbeitsplätze zu stellen, so daß eine ständige Erwerbslosenarmee von über 200 000 Menschen vorhanden ist. Das ist eines der brennendsten Probleme des jungen Staates.

Tunesien vertritt unter den Staaten der arabischen Welt eindeutig eine Angleichung an die politische, soziale und wirtschaftliche Struktur des Westens. Das seit der Unabhängigkeitserklärung in Angriff genommene Reformwerk trägt den Stempel dieses Willens. Die von Frankreich beibehaltene Feudalverwaltung — ein Mittel, einen Teil der Begüterten am Vorhandensein der Kolonialverhältnisse zu interessieren — wurde jetzt durch eine demokratische Verwaltung abgelöst — als eine erste Etappe auf dem Wege zur Umformung des Landes. Die Rechtsreform setzte sich zum Ziel, die religiösen Tribunale durch weltliche zu ersetzen. Das Erziehungswesen wurde vereinheitlicht, neue Schulen wurden eröffnet, Lehrerbildungsanstalten eingerichtet. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik nimmt die Bekämpfung der permanenten Arbeitslosigkeit den ersten Platz ein. Dabei spielen die Eröffnung von staatlichen Baustellen und Arbeiten zur Verbesserung der Bodenverhältnisse eine besondere Rolle. Um eine qualifizierte Arbeiterschaft heranzuziehen, wurden Lehrlingsschulen und Ausbildungsstätten errichtet. Das System der Familienbeihilfen wurde eingeführt bzw. ausgebaut. Das wichtigste Reformwerk auf sozialem Gebiet wurde das Statut für landwirtschaftliche Arbeiter — eine der Hauptforderungen der Gewerkschaften —, das das Prinzip der freien Festsetzung der Löhne vertritt, aber verbunden ist mit der obligatorischen Einführung von Schutzbestimmungen für die Arbeiter, Minimallöhne und Prämienzahlung. Weiter wurden Sozialkammern gegründet, die Familien- und Altersunterstützungskassen verwalten. Im letzten Jahr wurden bedeutende Mittel für den Arbeiterwohnungsbau ausgegeben, um die Erinnerungen an die Kolonialzeit in den Industriestädten, die unhygienischen Elendsquartiere, durch moderne, menschenwürdige Bauten zu ersetzen.

Die wirtschaftliche Entwicklung Tunesiens kann nur gewährleistet werden durch weitgehende Hilfsmaßnahmen befreundeter Nationen. Tunesien ist Anhänger einer weitgehenden Zusammenarbeit zwischen den drei Maghrebländern, mit Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiet. Die kriegerischen Ereignisse in Algerien, dem letzten der ehemaligen französischen Kolonialgebiete umfassenden nordafrikanischen Länder, das noch immer um seine Unabhängigkeit kämpft, stehen einer harmonischen Zusammenarbeit mit Frankreich im Wege. In der Tat haben sich die Beziehungen zwischen Frankreich und Tunesien in den letzten Wochen ständig verschärft, einmal auf Grund der Weigerung Frankreichs, seine Truppen aus Tunesien abzuziehen — es kam zu blutigen Zusammen-

stößen —, zum anderen wegen des offensichtlichen Bestrebens Frankreichs, Algerien gegen alle Vernunft im französischen Staatsverband zu halten, wodurch nach Ansicht Tunesiens eine latente Drohung bestehenbleibt, daß Frankreich früher oder später wieder in die inneren Angelegenheiten des unabhängigen Staates einzugreifen versucht.

Tunesien ist auf dem Wege, sich unter großen Opfern zu einem modernen Staat zu entwickeln. Die eigenen Kräfte reichen dazu nicht aus. Die sozialen und wirtschaftlichen Reformen werden durch die geringe Finanzkraft des jungen Staates gehemmt, der in Nordafrika zu einem Vorposten der westlichen Welt im arabischen Kulturkreis zu werden verspricht. Das Land hat in den zwei Jahren staatlicher Selbständigkeit einen weiten Weg zurückgelegt. Die Aussichten für eine Festigung und ein Aufblühen des Landes sind gegeben, wenn äußere Einflüsse, wie etwa das Andauern des Algerienkrieges, nicht neue Momente schaffen, die einen Teil des bedeutenden Aufbauwerkes wieder hinfällig machen: Tunesien hat es in den beiden letzten Jahren verstanden, den inneren Frieden, der durch den Krieg gegen Frankreich im Kampf um die Unabhängigkeit bedroht war, wiederherzustellen und sich in die Gemeinschaft der Völker einzufügen. Seine Zukunft beruht nach außen auf der Unterstützung, die es bei befreundeten Nationen zum Aufbau einer eigenen, unabhängigen Wirtschaft findet, nach innen auf dem Elan, den die Kräfte des Fortschritts, die in Tunesien von den Gewerkschaften gestellt werden, entwickeln, um das Land zu einer sozialen Demokratie umzugestalten.